

IFK AKTUELL



Aus dem Inhalt

Die gegenwärtige und künftige
Abhängigkeit der EU von Erdöl
und Erdgas

Die Grundlagen der
„Energieaußenpolitik“ Russlands

Europäische und russische
Interessen an „Energiekorridoren“
und Pipelinerouten

Die Energiesicherheit der EU bis 2030

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Unter besonderer Berücksichtigung der Region des Kaspischen Meeres

Jüngste Publikationen des IFK

In der Reihe

Internationale Sicherheit und Konfliktmanagement



Krisenmanagement in Afrika Erwartungen - Möglichkeiten - Grenzen

Dieser Band macht deutlich, warum sich die EU in Afrika engagieren soll und weshalb es nötig ist, sich von traditionell-westlichen Konfliktvorstellungen zu lösen. Er zeigt aber auch auf, dass trotz ernsthafter Bemühungen afrikanischer Sicherheitsorganisationen auf absehbare Zeit Hilfe und Unterstützung von außen unverzichtbar bleibt. Die Frage ist nur, wer von den alten und neue Großmächten sich dieser Herausforderung stellen wird.

In der Reihe

IFK Aktuell



Internationales Krisen- und Konfliktmanagement

Seit Ende des Kalten Krieges 1989 stieg die Anzahl der Friedensmissionen ständig an. Noch nie waren so viele Personen im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement im Einsatz wie derzeit. Aber das Bild der Friedenseinsätze hat sich gewandelt. Konflikte werden vermehrt innerhalb von Staaten ausgetragen, die allerdings regionale oder globale Auswirkungen haben können. Aus diesem Grund werden die Maßnahmen des Krisen- und Konfliktmanagements zu einer bedeutenden sicherheitspolitischen Aufgabe.

In der

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie



Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands unter Präsident Putin – Ausgewählte Aspekte

Diese Broschüre behandelt die Innenpolitik als Voraussetzung der Außenpolitik Russlands, für Außen- und Sicherheitspolitik relevante Amtsträger und Behörden, ausgewählte Grunddokumente der Außen- und Sicherheitspolitik, die Renaissance der Geopolitik und die Rolle der Kernwaffen in der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK Aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml



Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Titelbild: REUTERS/Vitaliy Hrabar

Die Energiesicherheit der EU bis 2030

Unter besonderer Berücksichtigung der Region des Kaspischen Meeres

Energiesicherheit ist – insbesondere im Hinblick auf Versorgungssicherheit und stabile Preise – zunehmend mit Geopolitik und den Internationalen Beziehungen verknüpft. Das kann die EU mit dem zweitgrößten Energiemarkt der Welt mit fast 500 Mio. Verbrauchern nicht unberücksichtigt lassen, da andere wichtige weltpolitische Akteure wie die USA, Russland, China, Indien und die OPEC mehr oder weniger geopolitisch motivierte Ziele verfolgen.

Die Europäische Kommission hat Energiesicherheit in ihrem ersten „Grünbuch“ vom November 2000 thematisiert. In der EU-Sicherheitsstrategie von 2003 („Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“) ist ihr jedoch nur ein kurzer Absatz gewidmet. Erst die Energiekonflikte Anfang 2006, als Russland die Gaslieferungen in die Ukraine aus politischen Gründen (Ende 2004 hatte Viktor Juschtschenko und nicht von der von Moskau favorisierte Viktor Janukowitsch die Präsidentenwahlen gewonnen) kurz einstellte, Anfang 2007 mit Belarus (wegen einem Preis- und Transitkonflikt) und Anfang 2009 wieder mit der Ukraine (auf die Moskau wegen angeblicher „Illoyalität“ weiter Druck ausüben wollte) demonstrierten die energiepolitische Verwundbarkeit der EU und die Abhängigkeit von russischem Erdöl und Erdgas einer breiteren Öffentlichkeit in der Union.

Diese Vorfälle haben allgemein die geringe Macht der EU als eines Importeurs von Energieträgern und insbesondere ihre Schwachstellen gegenüber einem zunehmend selbstbewusst agierenden Russland illustriert. Dessen Rolle untersucht vorliegende Untersuchung aus zwei Gründen: Erstens werden Diversifizierungen der Quellen für Energieträger und ihre Transitrouten zu den wichtigsten (energie-)politischen Herausforderungen der EU in den nächsten beiden Jahrzehnten gehören; und zweitens ist Moskau der entscheidende Akteur, mit dem die EU in der Region Kaspisches Meer/Zentralasien zu tun hat, zu der hier die postsowjetischen Republiken Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan gerechnet werden.

Inhalt	Die gegenwärtige und künftige Abhängigkeit der EU von Erdöl und Erdgas	Seite 4
	Ausgangsbedingungen	
	Erdölversorgung	
	Gasversorgung	
	Die Öl- und Gasressourcen des Kaspischen Beckens und Mittelasiens	Seite 6
	Die Grundlagen der „Energieaußenpolitik“ Russlands	Seite 7
	Das Exportpotenzial von Gazprom	Seite 10
	Europäische und russische Interessen an „Energiekorridoren“ und Pipelinerouten	Seite 11
	Standpunkt und Interessen der EU	
	Standpunkt und Interessen Russlands	
	Pipelines und Transportkorridore, die Russland umgehen	
	Der Einfluss der russischen Militärintervention in Georgien (August 2008)	
	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	Seite 13

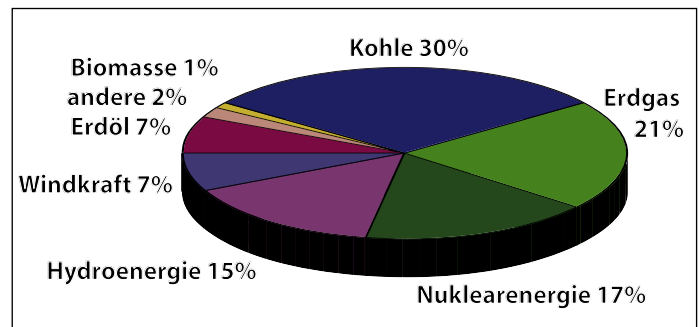
Die gegenwärtige und künftige Abhängigkeit der EU von Erdöl und Erdgas

Ausgangsbedingungen

Die 27 EU-Mitglieder (EU 27) haben Teile ihrer nationalen Souveränität und Kompetenzen in verschiedenen Bereichen (darunter Wirtschafts- und Handelspolitik) an EU-Institutionen abgetreten, doch war und ist die Energiepolitik weitgehend in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten. Allerdings spielt ein derart fragmentierter EU-Energiemarkt Russland in die Hände, das mit einer Politik des „Teilens und Herrschens“ gegenüber einzelnen EU-Mitgliedern und ihren Energiegesellschaften agieren kann. Der deutsche Sicherheitspolitik-Experte Frank Umbach meinte 2008, dass „die fehlende Einheitlichkeit der Energie-Außenpolitik der EU es Russland ermöglicht, mit der ‚Bilateralisierung‘ von Energiepartnerschaften fortzufahren.“ Moskau sei, so Umbach, in einer guten Position, um individuelle europäische Staaten und ihre nationalen Energiegesellschaften gegeneinander auszuspielen. – Tatsächlich haben einige EU-Mitglieder bilaterale Energievereinbarungen mit Russland abgeschlossen, die ihre eigene Abhängigkeit und die der ganzen EU von Moskau (weiter) erhöhen. Beispiele sind die Nord Stream-Gaspipeline auf dem Meeresgrund zwischen Vyborg (Russland) und Greifswald (Deutschland) oder die Ölpipeline zwischen dem bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas und dem nordgriechischen Alexandropolis (also zur Gänze über EU-Territorium).

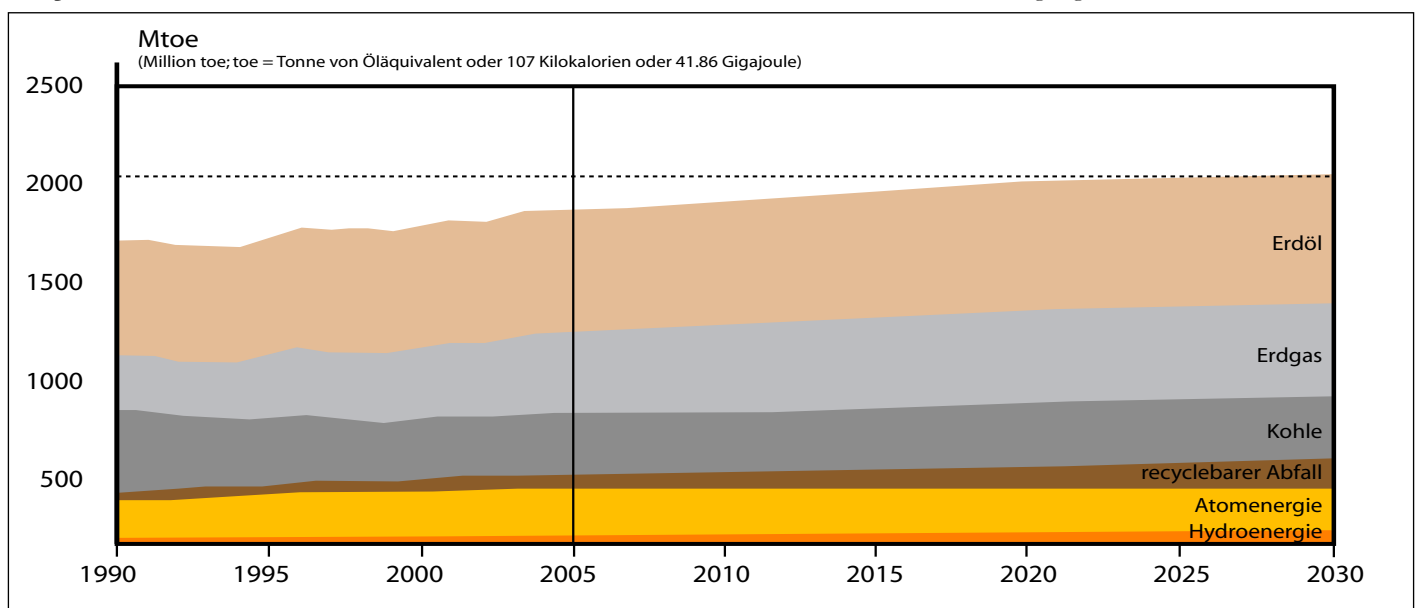
Zwischen 1999 und Mitte 2008 haben sich die Erdöl- und in der Folge auch die Erdgaspreise vervielfacht. Vor diesem Hintergrund gelang es Russland, seine Bedingungen gegenüber seinen europäischen Kunden immer besser durchzusetzen – und zwar

nicht nur im Hinblick auf die Preisgestaltung, sondern auch auf Interesse am Kauf von Transport- und Verteilernetzwerken: 2007 war der russische Gasmonopolist Gazprom bereits in 17 EU-Mitgliedsländern auf verschiedene Weise präsent.



Schema 1: Der Energie-Mix der EU 27 im Jahr 2007

2006 (neuere Daten liegen nicht vor) betrug die gesamte Energieabhängigkeit der EU 27 53,8%, d.h. mehr als die Hälfte der in der EU konsumierten Energie wurde importiert. Bei Zypern, Malta, Luxemburg, Irland, Italien, Portugal und Spanien beträgt die Abhängigkeit sogar über 80% (Österreich 72,9%). 1995 hatte die EU-Abhängigkeit erst 43,4% ausgemacht. Es gibt keine seriöse Untersuchung, die in Abrede stellen würde, dass die Abhängigkeit der EU-Energiewirtschaft von Importen weiter wachsen wird. „Business as usual“-Projektionen gehen von 64% 2020 und 67% zehn Jahre später aus. Die EU-Kommission ist sich des Umstandes bewusst, dass die Energieabhängigkeiten der Mitgliedsländer ebenso zunehmen wie Versorgungsrisiken.



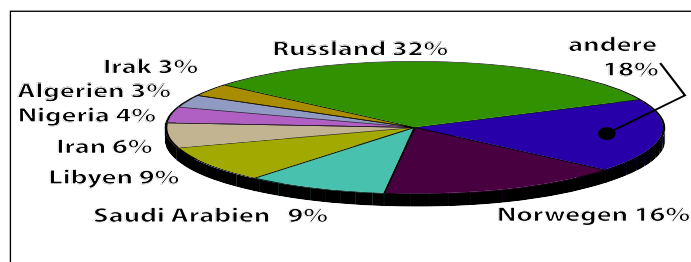
Schema 2: Die gesamte primäre Energieversorgung der EU, 1990 bis 2030

Angesichts der aus dem Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz resultierenden Verpflichtungen, der Stilllegung von Kernkraftwerken in mehreren wichtigen EU-Staaten und der Erschöpfung von Erdöl- und Erdgasfeldern in der Nordsee bis 2020 (wenn sogar Holland zum Netto-Gasimporteur werden dürfte), wird die EU zunehmend abhängig von Öl-, vor allem aber Gasimporten von außerhalb Europas – und in vielen Fällen von politisch instabilen Ländern im Nahen und Mittleren Osten, Zentralasien und Afrika.

Die Situation verkompliziert sich weiter, wenn man in Rechnung stellt, dass die EU – wie die Europäische Kommission im erwähnten „Grünbuch“ formulierte – einen nur „sehr beschränkten Handlungsspielraum“ hat, um die Bedingungen der Energieversorgung zu beeinflussen. Das gilt auch und gerade im Hinblick auf den „russischen Faktor“: Ungeachtet aller offizieller Deklarationen existiert keine faire „strategische Partnerschaft“ zwischen Brüssel und Moskau im Bereich der Energiepolitik. Die EU ist außerstande, Moskau zu Vereinbarungen zu bewegen, die dieses als mit seinen nationalen Interessen als unvereinbar betrachtet. Das zeigte sich bei zahlreichen Anlässen. Einer davon ist das Schicksal der Energiecharta (vgl. dazu den Kasten auf der nächsten Seite), welche die Zusammenarbeit im Energiebereich fördern und die Versorgung der EU diversifizieren sollte. Russland hat dieses Dokument zwar (1994, also unter Präsident Boris Jelzin) unterzeichnet, dann aber nicht ratifiziert; Ministerpräsident Wladimir Putin nannte es Ende April 2009 offen „sinnlos“. Der offenkundige Hintergrund für diese Position ist, dass Moskau bei einer Übernahme der Verpflichtungen aus der Energiecharta die Prinzipien der Freiheit des Transits von Energieträgern ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Bestimmungsortes und der Eigentumsverhältnisse, einer nicht diskriminierenden Preispolitik und der Zulassung ausländischer Investoren in seinem Pipelinenetz akzeptieren müsste. Auch der im Oktober 2000 eingeleitete „Energiedialog“ EU – Russland hat bisher keine greifbaren Ergebnisse gezeitigt. Und die Initiative INOGATE, die sich das Ziel setzte, die Region des Kaspischen Meeres energiepolitisch an europäische Märkte anzubinden, wird von Moskau boykottiert.

Erdölversorgung

2005 war die EU zu 82,2% von Ölimporten abhängig (1995 waren es erst 74,4% gewesen). 2006 deckten Erdöl und Erdölprodukte 37% des primären Energieverbrauchs der EU 27. Ende 2007 verfügten EU-Länder nur über 0,5% der gesicherten Erdölreserven der Welt. Somit ist die EU massiv auf Ölimporte angewiesen. Und „business



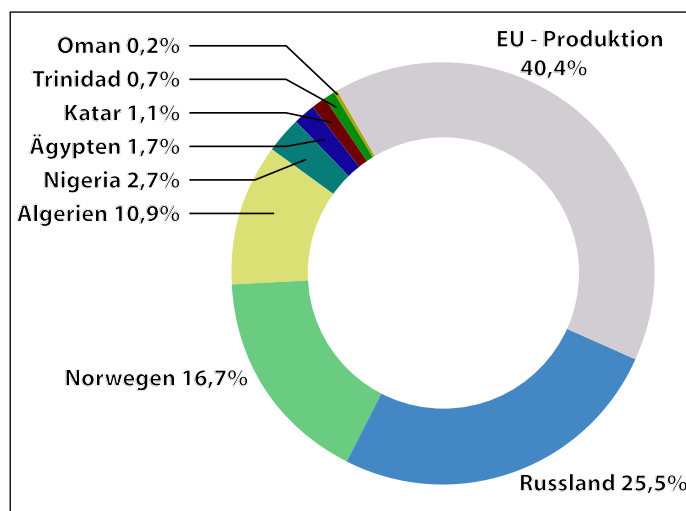
Schema 3: Der Rohölimport der EU 27 im Jahr 2006

as usual“-Projektionen zufolge wird sich diese Abhängigkeit bis 2030 auf 93% steigern.

Gasversorgung

Ende 2007 verfügte die EU nur über 1,6% der weltweit gesicherten Vorkommen an Erdgas. Großbritannien und die Niederlande erbringen gemeinsam über drei Viertel der gesamten Erdgasproduktion der EU. Zwar werden in der EU mitunter neue Erdgaslagerstätten gefunden, aber dieser Umstand dürfte die Importabhängigkeit angesichts der erwartbaren Steigerung des Verbrauchs kaum spürbar lindern.

Über vier Jahrzehnte hinweg hat der EU-Erdgasverbrauch stärker zugenommen als der primäre Energieverbrauch. 2005 hing die EU zu 57,7% von Importen ab, was einer Steigerung von 14,1% gegenüber 1995 entsprach. 2007 importierte die EU 300 Milliarden Kubikmeter Gas, was 60% des Verbrauchs ausmachte. 2006 importierte die EU 130 Milliarden Kubikmeter Erdgas (ausschließlich über Pipelines) aus Russland.



Schema 4: Die Struktur der EU-Gasversorgung im Jahr 2006

In den westlichen Regionen der EU sind die Märkte groß, aber diversifiziert. In den östlichen Teilen der EU sind die Märkte kleiner, hängen aber – ein Erbe aus der kommunistischen Zeit – viel stärker (und mitunter fast zu 100%) von Russland ab. Sechs der zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten in Mittel- und Mitteleuropa importieren mehr als 80% ihres Erdgasverbrauchs aus Russland. Auf die „alten“ 15 EU-Mitgliedstaaten (EU 15) entfallen 86% des gesamten Gasverbrauchs der EU. Die Größe des westeuropäischen Gasmarktes bedeutet, dass die EU 15 (trotz ihrer anteilmäßig geringeren Abhängigkeit von Moskau) etwas mehr als zwei Drittel des in der EU konsumierten Gases importiert.

Die Abhängigkeit der EU von Gasimporten könnte bis 2030 auf 84% steigen, und die Europäische Kommission schätzt, dass dann der russische Anteil 60% des Gesamtimports beträgt.

■ ENERGIECHARTA

Die Verhandlungen über eine Europäische Energiecharta wurden am 17. Dezember 1991 in Den Haag mit der Verabschiedung eines Abschlussdokuments beendet. Die 51 Unterzeichner verpflichteten sich, ihre Zusammenarbeit im Rahmen eines rechtsverbindlichen Basisabkommens aufzunehmen, das später Vertrag über die Energiecharta genannt wurde und das darauf abzielt, die industrielle Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa zu fördern, indem es bei Investitionen, Transit und Handel Rechtssicherheit schafft. Der Vertrag über die Energiecharta und das Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte wurden am 17. Dezember 1994 in Lissabon von allen Teilnehmern der Charta von 1991 – mit Ausnahme der USA und Kanadas – unterschrieben. Die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten sind Unterzeichner des Vertrags und des Protokolls.

Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags über die Energiecharta betreffen den Schutz von Investitionen, den Handel mit Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen, den Transit und die Streitbeilegung. Es ist verboten, im Fall einer Streitigkeit über Modalitäten des Transits den Transit von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen zu unterbrechen oder zu verringern, bevor das dafür vorgesehene Streitbeilegungsverfahren abgeschlossen ist. Weitere Bestimmungen untersagen es den Ländern, durch deren Gebiet Primärenergieträger und Energieerzeugnisse im Transit geleitet werden können, sich der Schaffung neuer Kapazitäten zu widersetzen.

Der Vertrag über die Energiecharta und das Energiechartaprotokoll über Energieeffizienz und damit verbundene Umweltaspekte sind am 16. April 1998 in Kraft getreten.

Die Öl- und Gasressourcen des Kaspischen Beckens und Mittelasiens

Aus der Perspektive der EU haben die Erdöl- und Erdgasressourcen der Kaspischen Region den Vorteil, dass sie weder in arabischen Ländern, dem Iran (oder anderen OPEC-Mitgliedern) noch in Russland liegen, wo man mit den Lieferungen oder immerhin mit dem Preis bereits Politik macht oder zumindest damit droht. Die meisten Schätzungen über die gesicherten Erdölreserven der Länder des Kaspischen Beckens liegen zwischen 40 und

50 Milliarden Fass. 2005 wurden ca. 2 Millionen Fass pro Tag produziert. Bei den Erdgasreserven liegt klar Turkmenistan an der Spitze, doch auch Kasachstan und Aserbaidschan (wo der Schwerpunkt auf dem Erdöl liegt) und Usbekistan können auf nennenswerte Lagerstätten verweisen. Daher ist die potenzielle Bedeutung der Kaspischen Region für die energiehungrige EU kaum zu überschätzen.

Tabelle 1: Schätzungen verschiedener Quellen der Erdöl- und Erdgasvorkommen ausgewählter postsowjetischer Republiken

	Öl (Milliarden Fass), BP Statistical Review, Ende 2007	Öl (Milliarden Fass), Oil & Gas Journal, 1. Jänner 2009	Erdgas (Billionen Kubikfuss), BP Statistical Review, Ende 2007	Erdgas (Billionen Kubikfuss), Oil & Gas Journal, 1. Jänner 2009
Russland	79,432	60	1.576,753	1.680
Aserbaidschan	7	7	45,132	30
Kasachstan	39,828	30	67,203	85
Turkmenistan	0,6	0,6	94,216	94
Usbekistan	0,594	0,594	61,603	65
zum Vergleich: weltweite Vorkommen	1.238,892	1.342,207	6.290,636	6.254,364

Quelle: Energy Information Administration.

Die Grundlagen der „Energieaußenpolitik“ Russlands

In den 1990er Jahren war in Russland ganz allgemein betont worden, dass man auf keinen Fall zu einem „Rohstoff-Anhängsel des Westens herabsinken“ wolle. Dann aber – und vor allem in der zweiten Amtszeit von Präsident Putin (2004 bis 2008) – begann man, aus der Not eine Tugend zu machen. Die aktualisierten Groß- und Weltmachtansprüche Russlands sollen sich nach dem Willen der Führung in Moskau nicht nur auf das ansehnliche Militärpotenzial gründen (die russischen Rüstungsausgaben sind im Vergleich der europäischen Industriestaaten sehr hoch), sondern auch und gerade auf das – inoffizielle – Konzept einer „Energiegroßmacht“: Russland will so viele Länder wie möglich in- und außerhalb der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) zu den Kunden seiner Erdöl- und Erdgasindustrie machen, die Pipelinesysteme anderer GUS-Republiken übernehmen, sich in bedeutende Energieversorgungsunternehmen in- und außerhalb der GUS einkaufen und auch die Lieferkette bis zu den Endverbrauchern kontrollieren. Zudem sollen andere rohstoffreiche GUS-Republiken wie Aserbaidschan, Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan ihre Energieträger nach Moskauer Vorstellungen nur über Pipelines exportieren, die russisches Territorium kreuzen. Das bringt Transitgebühren ein und macht Liefer- wie Abnehmerländer vom Kreml abhängig, da dieser die Pipelines im Bedarfsfall unterbrechen könnte. Alle diese Maßnahmen sollen möglichst viele Länder an russische Firmen anbinden, was sich bei entsprechenden Rahmenbedingungen auch in politische Abhängigkeiten ummünzen ließe.

Das üblicherweise sehr vorsichtig formulierende österreichische Außenministerium meinte in seinem Bericht für das Jahr 2007 offen: „Russland setzt seine Energiepolitik als machtvoll Instrument der Außenpolitik ein.“ Moskau macht offenkundig längst nicht mehr nur mit den *Preisen* für Erdgas und Erdöl Politik, sondern mit den Exporten dieser Energieträger *als solche*. Nach Zählung der Defence Research Agency in Stockholm gab es zwischen 1991 und 2006 mindestens 55 Fälle, in denen Russland seine Lieferungen an das Ausland stoppte oder zumindest damit drohte; davon hatten nur elf keinen politischen Hintergrund. Das betraf in erster Linie die GUS: Russland verwendet sein Gas als politisches Instrument gegen – wenngleich aus ganz verschiedenen Gründen – politisch „unbotmäßige“ Staaten wie die Ukraine, Moldawien, Georgien und Belarus. Und Moskauer Spitzenfunktionäre (von Putin abwärts) warnten Brüssel wiederholt sowohl vor Alternativen zu russischen Versorgern wie auch vor der Errichtung von angeblichen oder tatsächlichen Hindernissen für russische Unternehmen bei ihrer Expansion auf europäischen Märkten, die zu einer Umorientierung auf Ostasien führen könne.

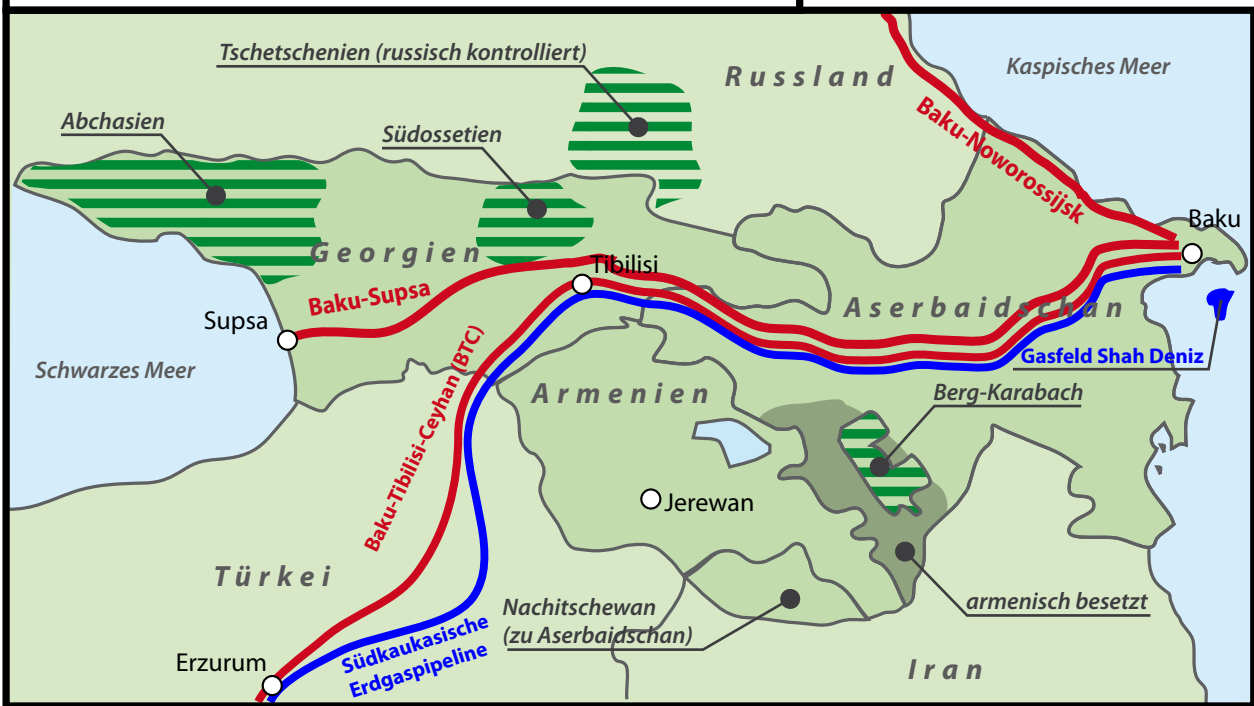
Nicht nur der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, sondern auch nicht wenige andere einflussreiche Stimmen in Westeuropa wandten sich selbst gegen vorsichtige Kritik nicht nur der europäischen Politik, sondern auch der Medien an der Politik Putins oder an seinem seit 1994 andauernden Krieg in der nordkaukasischen Republik Tschetschenien (mit Zehntausenden

Toten und Hunderttausenden Flüchtlingen; vgl. das IFK Aktuell „Tschetschenien – Ein vergessener Krieg“ vom August 2004), weil das angesichts der unverzichtbaren Lieferungen russischer Energieträger kontraproduktiv sei. Gleichzeitig wird – mitunter von den gleichen Kommentatoren – eine „einseitige Abhängigkeit“ der EU von Russland bestritten und eine „gegenseitige Abhängigkeit“ behauptet, da Moskau auf die Einnahmen aus dem Export in die EU angewiesen sei und Öl- und Gasströme angesichts des Fehlens ausreichender Pipelinekapazitäten nicht einfach in kurzer Zeit z.B. nach China umgeleitet werden könnten. Letzteres ist zwar unbestreitbar, doch bleibt dann offen, warum das Selbstbewusstsein der Kreml-Führung mit den Gaspreisen stetig zu steigen schien, während die Staats- und Regierungschefs der EU – auch und gerade bei Gipfeltreffen mit Putin – unentschlossen oder sogar eingeschüchtert, jedenfalls aber uneinig wirkten. Eine „wechselseitige Abhängigkeit“ zwischen der EU und Russland besteht in Wahrheit nicht. Fredrik Erixon, Direktor des Europäischen Zentrums für internationale politische Ökonomie in Brüssel, meinte 2008, dass die EU natürlich ein wichtiger Kunde für Moskau sei, doch „während Russland seine Pipelines nach Europa leicht für einige Tage sperren könnte, kann Europa nicht einmal kurzfristig ohne russische Energie auskommen“.

Die in den Außenministerien einiger EU-Mitgliedsländer angestrebte „Annäherung durch Verflechtung“ mit Russland auch und gerade im Energiebereich impliziert eine Logik, die von der Denk- und Handlungsweise der gegenwärtigen russischen Elite weit entfernt ist und zudem die Frage ignoriert, wie erstrebenswert grundsätzlich die „Verflechtung“ einer Gemeinschaft von demokratischen Staaten (wie es die EU zu sein beansprucht) mit dem autokratisch regierten Russland ist, dessen Wirtschaft und Verwaltung zudem im Ruf stehen, überaus korruptionsanfällig zu sein.

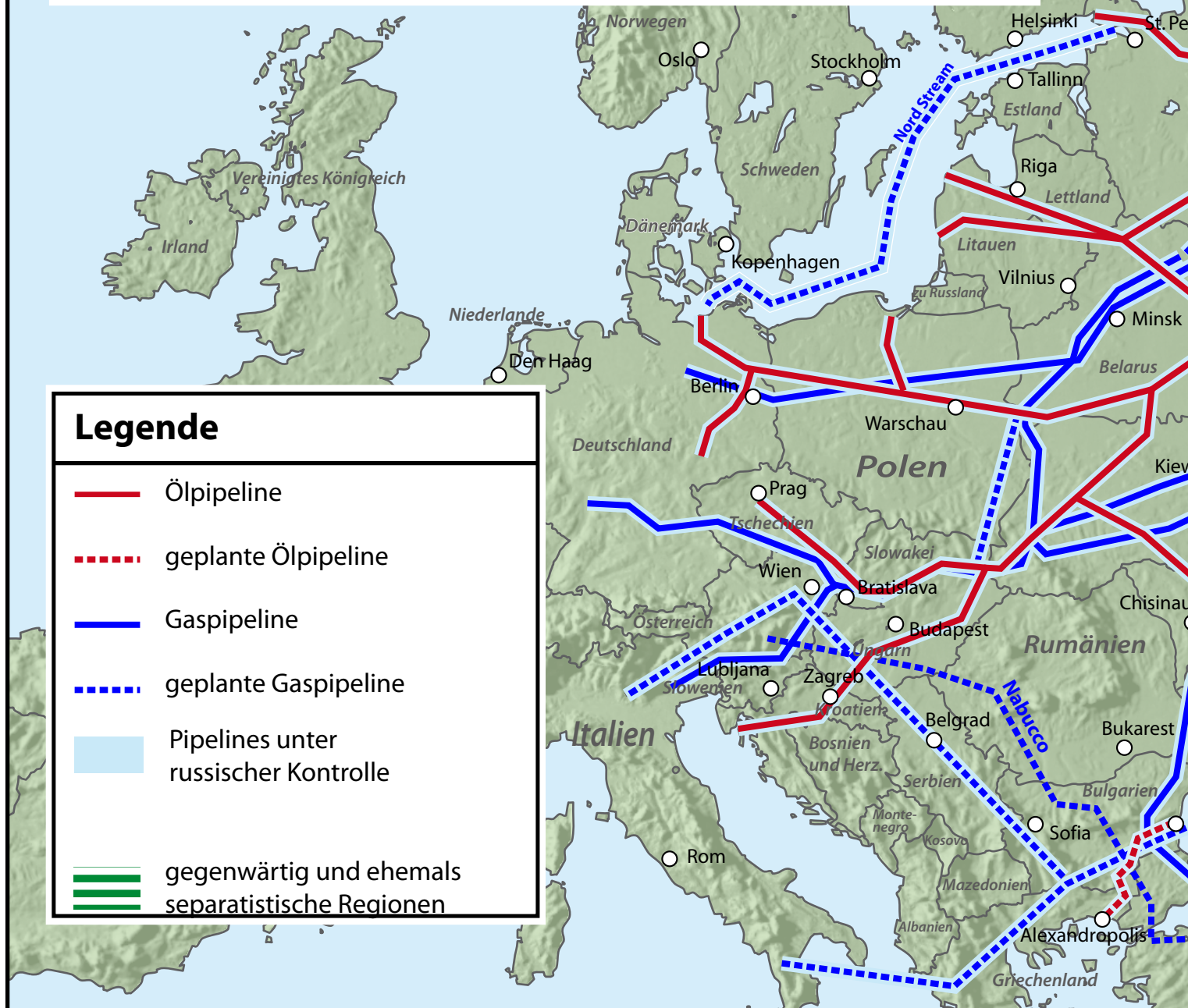
Dem Gasmonopolisten Gazprom, einem der größten Energieversorger der Welt, kommt bei der „Energieaußenpolitik“ Russlands auch jenseits der Grenzen der früheren UdSSR eine zentrale Bedeutung zu. In der russischen Presse wird die außenpolitische Bedeutung von Gazprom mitunter mit den Kernwaffen Russlands verglichen. Gazprom und die führende russische Erdölgesellschaft Rosneft sind keine unabhängigen und marktorientierten Versorgungsunternehmen, sondern politische Werkzeuge in den Händen des Kremls. Hohe Preise für Öl- und Gas kommen nicht nur dem russischen Staatsbudget zugute, das sich maßgeblich auf die Einnahmen aus dem Export dieser beiden Energieträger stützt, sondern auch jenen dem Kreml nahe stehenden Geschäftsleuten, die sie fördern und absetzen. Der bekannte russische außen- und sicherheitspolitische Kommentator Andrej Piontkowskij meinte 2006, dass Russland de facto von einem Kreis aus zehn bis 15 Personen regiert werde, die persönliche Interessen im Ölgeschäft hätten und daher an möglichst hohen Ölpreisen interessiert seien.

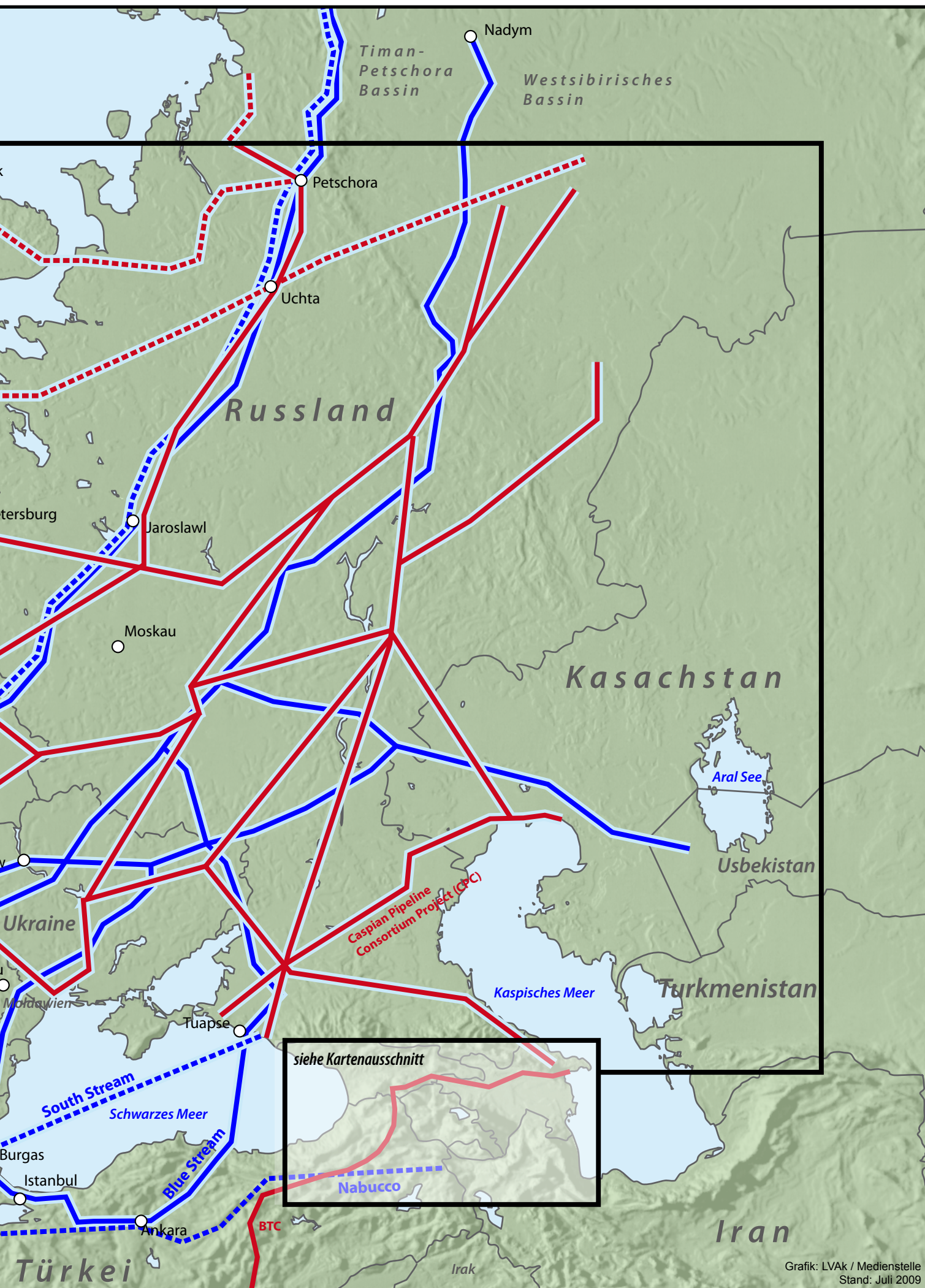
Krisengebiete und Pipelinerouten im Südkaukasus



Legende

- Ölpipeline
- - - geplante Ölpipeline
- Gaspipeline
- - - geplante Gaspipeline
- Pipelines unter russischer Kontrolle
- gegenwärtig und ehemals separatistische Regionen





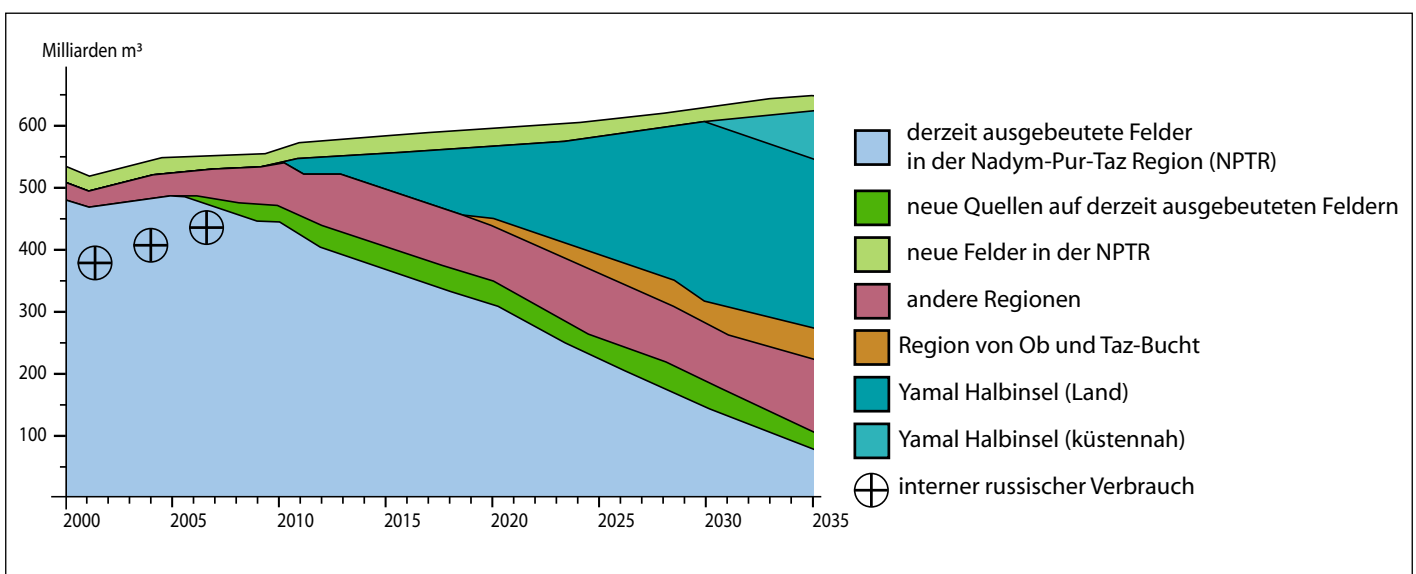
Das Exportpotenzial von Gazprom

Gazprom kontrolliert etwa ein Viertel der weltweiten Gasreserven und fördert 94% des russischen Erdgases, was 16% der globalen Produktion gleichkommt. Der Ausstoß der drei „Super-Gigant“-Gasfelder Urengoi, Jamburg und Medweschje in der westsibirischen Region Nadym-Pur-Taz, auf die sich Gazprom ganz maßgeblich stützt, geht zurück, während das vierte „Super“-Feld, Sapoljarnoe, seinen Höhepunkt erreicht hat. Die Fähigkeit des Konzerns, seine Förderung auf dem bisherigen Niveau zu halten (von einer Steigerung ganz abgesehen), hängt von der Aufschließung einer neuen Generation von „Super“-Feldern ab – konkret auf der Yamal-Halbinsel im Nordwesten Sibiriens und dem in der Barentssee gelegenen Stockman. Gazprom will Yamal 2011 in Betrieb gehen lassen, doch glauben seriöse Marktbeobachter eher an einen Zeitpunkt um das Jahr 2015. Und Stockman dürfte irgendwann nach 2015 voll nutzbar werden – und nicht, wie zunächst angestrebt, 2013. Insofern also die russische Gasproduktion von einem dieser beiden Felder abhängt, dürfte sie sich nach 2010 reduzieren (siehe Schema 5). Die erforderlichen Investitionen sind so gewaltig, dass sich Gazprom möglicherweise zwischen den beiden Projekten entscheiden muss; technisch einfacher zu bewältigen ist Yamal. Zudem wären andere Optionen zu erwägen, so erhöhte Gasimporte aus den postsowjetischen Republiken am Kaspischen Meer. Es gibt denn auch längst Anzeichen dafür, dass Gazprom versucht, soviel Gas wie nur irgendwie möglich aus dieser Region in sein Transitsystem zu leiten. So hat Moskau Aserbaidschan und Turkmenistan angeboten, ihren gesamten Gasausstoß zu kaufen. Die Eigenproduktion Gazproms reicht bereits jetzt kaum aus, um allen bestehenden Verpflichtungen nachzukommen, und es ist offensichtlich, dass Russland alleine nicht in der Lage sein wird, den Erdgasbedarf der EU im Jahr 2030 zu decken.

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Bild: REUTERS/Alexander Natruskin

Das Hauptquartier von Gazprom in Moskau



Schema 5: Die Gasproduktion von Gazprom seit 2000 mit einer Vorschau bis 2035

Europäische und russische Interessen an „Energiekorridoren“ und Pipelinerouten

Standpunkt und Interessen der EU

Ein großer Teil der Energieträgerressourcen der Welt (in Russland, dem Kaspischen Becken, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika) liegt in relativer Nähe der EU. So befinden sich 80% der Erdgasreserven innerhalb eines Radius von 4.500 Kilometer von Zentraleuropa aus.

Das 2007 verabschiedete Dokument „Die EU und Zentralasien: Eine Strategie für eine Partnerschaft“ verweist auf das große Potenzial der Region des Kaspischen Meeres: „Die Entwicklung der Öl- und Gasressourcen hat die Rolle der zentralasiatischen Staaten als Energieproduzenten und Transitländer signifikant erhöht. Eine Erhöhung der Öl- und Gasförderung wird die Versorgung des Weltmarktes verbessern und der Diversifizierung dienlich sein. Gaslieferungen aus der Region sind für die EU von spezieller Wichtigkeit.“ Allerdings gibt es auch fast zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nur wenige Routen, über die Energieträger aus dieser Region in die EU gelangen können. EU-Dokumente verweisen auf den Umstand, dass „angesichts der Binnenlage des Kaspischen Gebiets dessen Lagerstätten nicht leicht zugänglich sind. Der Transport des Rohöls auf den internationalen Markt wird den Bau von neuen Ölpipelines erfordern, da die türkischen Meerengen und die Pipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan künftig nicht ausreichen werden, zusätzliches Erdöl zu befördern. Wenn solche Pipelines nicht gebaut werden, werden sich Öl produzierende Länder am Kaspischen Meer nach alternativen Routen z.B. für östliche Märkte umsehen.“ Im November 2008 machte die Europäische Kommission ein langfristiges, mehrdimensionales Programm für Energiesicherheit publik. Es beinhaltet „die Entwicklung eines Südlichen Gaskorridors für die Versorgung aus Kaspischen und mittelöstlichen Quellen und langfristig möglicherweise anderen

Ländern, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen.“

Standpunkt und Interessen Russlands

Zahllose Stellungnahmen russischer Offizieller, vor allem aber die praktische Politik Moskaus lassen keinen Zweifel an der Absicht, seine politische, wirtschaftliche und militärische Präsenz im strategisch bedeutenden Kaspischen Becken nicht nur zu erhalten, sondern möglichst auszubauen. Eines der wichtigsten Ziele des Kremls (auch) in dieser Region ist es, nicht nur die USA und die NATO, sondern auch die EU möglichst fern zu halten. Unter anderem aus diesem Grund versucht Russland, sich die zahlreichen Konflikte an der südlichen Peripherie der früheren Sowjetunion zunutze zu machen, so insbesondere in Moldawien (das 1992 einen Krieg um das separatistische Dnjestr-Gebiet erlebte), Georgien (mit den beiden separatistischen Provinzen Abchasien und Südossetien), Aserbaidschan (Krieg um die separatistische armenische Region Berg-Karabach 1991 bis 1994) und Tadschikistan (Bürgerkrieg 1992 bis 1997). Die Passivität der EU spielte Moskau in die Hände.

Während die postsowjetischen Republiken Zentralasiens für ihr Gas anhaltend unterbezahlt sind, muss die EU Preise tragen, die erheblich über einem Niveau liegen, das sich ergäbe, wenn die Energieträger direkt aus der Region importiert werden könnten. So kaufte Russland am Anfang dieses Jahrzehnts turkmenisches Gas zum Preis von 57 Dollar pro Tausend Kubikmeter. Dieses Gas wurde innerhalb Russlands verbraucht, während Moskau russisches Gas für 250 Dollar pro Tausend Kubikmeter an EU-Länder abgab. Daher ist es nur folgerichtig, dass Russland alle Mittel einsetzt, um ein direktes Engagement Europas in den zentralasiatischen Staaten, und besonders Kasachstan und Turkmenistan, zu verhindern.

Pipelines und Transportkorridore, die Russland umgehen

Die Baku – Tbilisi – Ceyhan (BTC) Pipeline wäre – da von der EU (die offenbar Russland nicht verärgern wollte) kaum forciert – ohne Unterstützung der USA wohl nicht gebaut worden. Seit 2006 verbindet diese Pipeline die aserbaidjanische Hauptstadt Baku und den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan, von wo Tanker das aserbaidjanische Rohöl an europäische Raffinerien liefern. Sie umgeht russisches und iranisches Territorium wie auch die stark befahrenen türkischen Meerengen. Russland hatte über Jahre hinweg versucht, den Bau der Pipeline zu verhindern – in der (richtigen) Annahme, dass damit sein Monopol auf den Verlust des Transports von Erdöl aus der Region am westlichen Ufer des Kaspischen Meeres durchbrochen wird. Die BTC-Pipeline verläuft allerdings in unmittelbarer Nähe der armenisch-aserbaidjanischen Waffenstillstandslinie um Berg-Karabach (die Armenier haben bereits angekündigt, die Pipeline für den Fall einer Neuauflage des Krieges um die von ihnen kontrollierte Region zu zerstören) sowie durch die unruhigen Kurdengebiete im Osten der Türkei.

Kasachisches Erdöl wird vor allem über eine 2001 eröffnete

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen
entfernt

Die Präsidenten jener Länder, über die die BTC-Pipeline verläuft, verlegen 2006 symbolisch deren letztes Teilstück

Pipeline vom Tengiz-Ölfeld zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossijsk geleitet. Zugang zur BTC würde Kasachstan eine neue Exportroute verschaffen, was angesichts seiner Pläne, die Ölproduktion bis 2030 zu verdreifachen, besondere Bedeutung hätte. Dieses zusätzliche kasachische Erdöl könnte zur Diversifizierung der globalen und EU-Versorgung beitragen und übermäßige Abhängigkeit der EU von einem kleinen Kreis an nicht immer zuverlässigen Lieferanten verhindern.

Im Dezember 2007 unterzeichneten Russland, Kasachstan und Turkmenistan ein Übereinkommen über den Bau einer Erdgaspipeline entlang der Küste des Kaspischen Meeres, die das Moskauer Monopol an Energieexporten aus dieser Region stärken würde. Wenig überraschend freuten sich viele russische Politiker, Wirtschaftsmanager und Medien über einen „wichtigen Sieg über den Westen“ in einem „großen Spiel“ um die Energieressourcen der Region des Kaspischen Meeres, in dem sie sich zu befinden glauben.

Es gibt bereits heute zwei Transportrouten für kasachisches Erdöl, die das russische Gebiet umgehen. Beide beginnen im Hafen Aktau, von wo kleine Tankschiffe das Öl nach Aserbaidschan bringen. Von dort gelangt es per Eisenbahn zu den Terminals Batumi, Poti und Kulevi an der georgischen Schwarzmeerküste. Seit Oktober 2008 wird Rohöl am Sangachal-Terminal nahe Baku in die BTC eingespeist.

Eine bessere Alternative zu den von Russland kontrollierten Routen wären aber Transkaspische Pipelines, die europäische und Weltmärkte direkt mit kasachischem und/oder turkmenischem Öl und/oder Gas beliefern könnten. Solche Pipelines sind angesichts des entschiedenen russischen Widerstandes weit eher eine politische denn eine technische Herausforderung. Die EU würde jedoch auf drei Ebenen von einer solchen direkten Pipeline-Anbindung an die mittelasiatischen Gasexporteure profitieren. Erstens könnte sie Gas zu einem niedrigeren Preis als den derzeit von Moskau festgesetzten kaufen: Über Transkaspische Pipelines kommendes turkmenisches Gas wäre zweifellos billiger als Gas von neuen russischen Feldern in Sibirien oder in der Arktis. Zweitens würde die EU durch Diversifizierung ihrer Energiequellen und Transportrouten ihre Abhängigkeit von Moskau reduzieren. Und schließlich würde die EU die Abhängigkeitssituation durchbrechen, in die Gazprom die zentralasiatischen Produzenten hineinmanövriert hat.

■ Nabucco-Pipeline

Bei einem derzeit in Aussicht genommenen Baubeginn im Jahr 2011 könnte 2014 erstmals Gas aus dem Kaspischen Raum über die 3.300 Kilometer lange Nabucco-Pipeline nach Baumgarten an der March strömen. Zunächst würden 8 bis 12 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr über die etwa 8 Milliarden Euro teure Pipeline kommen, im Endausbau wären es mehr als 30 Milliarden Kubikmeter. Partner der federführenden österreichischen OMV sind die Gesellschaften Botas (Türkei), Bulgarian Energy Holding EAD (Bulgarien), Transgaz (Rumänien), MOL (Ungarn) und die deutsche RWE. Namensgeber der Rohrleitung war die Verdi-Oper, deren Vorstellung die Projektbegründer 2002 in der Wiener Staatsoper besucht hatten.

Im Hinblick auf Aserbaidschan wird Russlands Monopol für Gasexporte von der Südkaukasischen Erdgaspipeline herausgefordert, die bis zur türkischen Stadt Erzurum parallel zur BTC verläuft und seit 2006 Gas aus dem aserbaidschanischen Shah Deniz-Feld in die Türkei bringt. In einer entfernteren Perspektive könnte die Südkaukasische Erdgaspipeline über allfällige Pipelines Nabucco, Türkei – Griechenland und Griechenland – Italien die EU mit Gas aus der Region des Kaspischen Meeres versorgen.

Das „Flaggschiff“ der EU im Hinblick auf die Region des Kaspischen Meeres ist die Nabucco-Pipeline, die Gas von der georgisch-türkischen und/oder iranisch-türkischen Grenze zu der österreichischen Verteilerstation in Baumgarten an der March leiten könnte, ohne russisches Gebiet zu kreuzen. Die Gasreserven Aserbaidschans würden auch nach der geplanten Expansion des Shah Deniz-Feldes (Shah Deniz 2) nicht ausreichen, um Nabucco rentabel zu machen. Andere Länder der Region müssten den Großteil der 31 Milliarden Kubikmeter bereitstellen, die diese Pipeline bis 2020 befördern könnte. Iranisches Gas gilt bei manchen Beobachtern als eine Möglichkeit, Nabucco zu beschicken, aber Teheran hat derzeit v.a. wegen hoher einheimischer Konsumation nur geringe Exportkapazitäten. Turkmenistan ist ein anderer Kandidat, aber es muss eben noch entscheiden, ob es sich an einer eventuellen Transkaspischen Pipeline beteiligen würde. Gazprom tut naturgemäß alles, um Nabucco zu verhindern. Eine wichtige Initiative in diesem Kontext ist die South Stream-Pipeline, die ebenfalls Gas aus der Region des Kaspischen Meeres in die EU bringen soll – allerdings unter russischer Kontrolle.

■ South Stream-Pipeline

Moskau will diese seit 2007 konkret geplante Gaspipeline, die über 900 Kilometer auf dem Grund des Schwarzen Meeres verlaufen würde, bis 2015 fertig stellen. Die Schätzungen über die Kosten schwanken stark zwischen 8 und 24 Milliarden Euro.

Russland will sich mit South Stream (und Nord Stream auf dem Boden der Ostsee) vom Gastransit über die Ukraine unabhängiger machen. Diese wäre damit dem politischen und ökonomischen Druck aus Moskau noch unmittelbarer ausgesetzt als bisher.

Der Einfluss der russischen Militärintervention in Georgien (August 2008)

Georgien hat kaum eigene Reserven an Energieträgern, doch ist es eine durchaus bedeutende Transitroute für Öl und Gas aus der Region des Kaspischen Meeres – ein „freundlicher Korridor“ zwischen Russland im Norden und dem Iran im Süden. BTC und die Südkaukasische Erdgaspipeline verschaffen Tbilisi einen Platz als „passiven Akteur“ auf den Energiemärkten, waren aber auch eines der Motive für die russische Militärintervention im August 2008 auf der Seite der Separatisten in Südossetien und Abchasien, die zur Besetzung eines erheblichen Teils georgischen Territoriums führte: Moskau wollte potenziellen Investoren vor Augen führen, dass die Region zu instabil ist, um weitere kostspielige Pipelineprojekte zu riskieren. Die russische Armee feuerte mehrmals auf die BTC, traf aber nicht. Insgesamt hat die russische Intervention den Energietransit durch Georgien nicht auf Dauer unterbrochen.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der österreichische Nationalrat verlangte in einer Entschließung vom 21. Jänner 2009 über eine „energiepolitische Gesamtstrategie“ unter anderem, „alle notwendigen Schritte zur Verringerung der Abhängigkeit der österreichischen Energieversorgung von Lieferungen fossiler Brennstoffe aus Drittstaaten zu setzen“ und „die Erforschung, Nutzbarmachung und Produktion erneuerbarer Energieformen zu forcieren und zu fördern.“ Allerdings wird die Elektrizitätsgewinnung ohne technologischen Durchbruch auch in der überschaubaren Zukunft stark von Gas abhängen, und der Straßen- und Luftverkehr dürfte auch noch 2030 in erster Linie auf Ölprodukten beruhen. Daher wird die Sicherheit der Versorgung mit diesen beiden Energieträgern für Wirtschaft und Infrastruktur der EU auf lange Sicht entscheidend sein, was auf verschiedenen Ebenen politischen Niederschlag finden sollte. Ein EU-Dokument zog folgende Konsequenzen: „Energie muss ein zentraler Teil aller EU-Außenbeziehungen werden; sie ist ausschlaggebend für die geopolitische Sicherheit, ökonomische Stabilität, soziale Entwicklung und für die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels.“

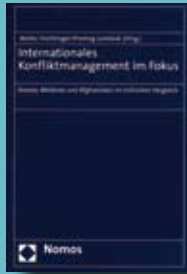
Die „Russland zuerst“-Politik, die die EU seit vielen Jahren verfolgt, war offenbar unzureichend und sehr wahrscheinlich sogar kontraproduktiv für ihre Energiesicherheit: Obwohl die EU der größte Öl- und Gaskunde Russlands ist, bestimmt derzeit ganz überwiegend Moskau die „Spielregeln“. Am Gipfeltreffen EU-Russland Ende Mai 2009 in der russischen Stadt Chabarowsk lehnte es der russische Präsident Dmitrij Medwedjew explizit ab, künftige Lieferstopps für Gas auszuschließen. Auch aus vielen anderen Gründen sind wiederholte Versicherungen zahlreicher westeuropäischer Politiker, Medien und Experten, dass Moskau ein zuverlässiger Lieferant von Energieträgern sei, längst nicht mehr nachvollziehbar. Gazprom strebt sichtlich eine Vormachtstellung in der Erdgasversorgung und den Verteilernetzwerken in Europa an. Der Bau immer neuer Gaspipelines, die die EU mit Russland verbinden (wie Nord Stream und South Stream), erhöht die

Versorgungssicherheit nicht nur nicht, sondern stellt sie angesichts der manifesten russischen Aktivitäten, mit Energielieferungen Politik zu machen, in Frage. Dank der Kontrolle über die entsprechende Infrastruktur in einigen Transitländern beschränkt Russland den Marktzugang für andere potenzielle Versorger. Ohne Gegenmaßnahmen könnte die Energiesicherheit der EU lange vor 2030 weitgehend vom Wohlwollen Moskaus abhängen, was ihm übermäßigen und potenziell problematischen Einfluss auf die europäische Entscheidungsfindung nicht nur im Bereich der Energiepolitik einräumen würde.

Eine „Entpolitisierung“ der Beziehungen zwischen der EU und Russland im Bereich des Handels mit Energieträgern ist ebenso wünschenswert wie in der überschaubaren Zukunft unrealistisch. Der Kreml lässt keine Bereitschaft erkennen, multilateral bindenden Verträgen und Vereinbarungen zuzustimmen. Stattdessen implementiert er eine unilaterale „Energieaußenpolitik“, die die Märkte und Transitrouten in der EU und der Makroregion Schwarzes Meer/Kaspisches Meer durchdringen und dominieren will – auch und gerade in dem Bewusstsein, dass gerade die dortigen Reserven der EU eine Möglichkeit bieten, der Abhängigkeit von russischen Energieträgern zu begegnen. Die weitere Erschließung dieser Erdöl- und Erdgaslagerstätten sowie der Abtransport via Georgien und der Türkei würde die Energiesicherheit der EU eindeutig erhöhen. Moskau ist sich dessen bewusst und setzt sich daher das Ziel, alle Transportrouten zu blockieren, über die Gas aus der Region des Kaspischen Meeres unter Umgehung russischen Territoriums in die EU gebracht werden könnte. Der Kreml versucht zudem, größtmögliche Kontrolle über das kasachische und das turkmenische Erdgas zu etablieren. Und die Initiativen Russlands, sich mit anderen Gasproduzenten – natürlich möglichst unter seiner Führung – zusammenzuschließen bzw. sogar eine „Gas-OPEC“ zu initiieren, sollten ein weiterer Anreiz für die EU sein, nachdrücklicher als bisher Zugang zu den Energieträgern der Region des Kaspischen Meeres zu suchen.

■ Weiterführende Literatur

- Belkin, Paul: The European Union's Energy Security Challenges. Congressional Research Service, CRS Report for Congress, Washington, DC, 2008.
- Cornell, Svante / Anna Jonsson / Niklas Nilsson / Per Häggström: The Wider Black Sea Region: An Emerging Hub in European Security. Silk Road Paper, December 2006.
- Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Hrsg.): Europa unter Spannung. Energiepolitik zwischen Ost und West (= Nr. 9-10 der Zeitschrift „Osteuropa“). Berlin 2004.
- Energy Information Administration: International Energy Outlook 2008. Washington, DC, September 2008.
- Erixon, Fredrik: Europe's energy dependence and Russia's commercial assertiveness. ECIPE Policy Briefs, 7/2008.
- European Commission: Energy, transport and environment indicators. Eurostat pocketbooks, 2008 edition. Luxembourg 2009.
- International Energy Agency: IEA Energy Policies Review – The European Union. Paris 2008.
- Kupchinsky, Roman: Gazprom's European Web. The Jamestown Foundation, Washington DC, February 2009.
- Noël, Pierre: Beyond Dependence: How to Deal With Russian Gas. European Council on Foreign Relations (London), Policy Brief, November 2008.
- Norling, Nicklas: Gazprom's Monopoly and Nabucco's Potentials: Strategic Decisions for Europe. Central Asia-Caucasus Institute (John Hopkins University) & Silk Road Studies Program, Washington DC/Nacka-Stockholm, November 2007.
- Panjuschkin, Waleri / Michail Sygar: Gazprom. Das Geschäft mit der Macht. München 2008.
- Schmitz, Andrea: Partner aus Kalkül. Russische Politik in Zentralasien. SWP-Studie, S 5, Berlin, März 2008.
- Umbach, Frank: Zielkonflikte der europäischen Energiesicherheit. Dilemmata zwischen Russland und Zentralasien. DGAPanalyse. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Berlin), Nr. 3, November 2007.
- Umbach, Frank: Europe's Energy Dependence in Mid-term Perspective. American Institute for Contemporary German Studies at John Hopkins University, 2008, <http://www.aicgs.org/documents/advisor/umbach.gmf.pdf> (abgerufen 6. Mai 2009).



Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich

Fragile Staaten oder aus Bürgerkriegen hervorgegangene Quasi-Staaten werden in der westlichen Welt wegen der zunehmenden Internationalisierung von Risiken wie Proliferation, organisierter Kriminalität oder Terrorismus immer mehr als potenzielle Gefahr für die eigene nationale Sicherheit wahrgenommen. Die Publikation analysiert die unterschiedlichen Zugänge zum Nation- und State Building sowohl bei den lokalen Akteuren als auch von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft.



Krisen und humanitäre Katastrophen – Internationales Krisenmanagement in der Grenzregion Tschad, Sudan und Zentralafrikanische Republik

Diese Publikation stellt die Konfliktkonstellationen in der Grenzregion Tschad, Sudan und Zentralafrikanische Republik dar und beleuchtet die historischen Gründe für die Konflikte ebenso wie die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft.



Religiöser Extremismus vs. internationale Friedensbemühungen – Lessons Learned und präventive Strategien im Nahen Osten und am Westbalkan

Diese Publikation behandelt anhand der Beispiele Westbalkan und Naher Osten die Frage, welche präventive Strategien internationale Akteure entwickeln sollten, um mit ihrem Engagement adäquat auf die Herausforderungen eines religiös legitimierten Extremismus zu reagieren.



Islam, Islamismus und Islamischer Extremismus

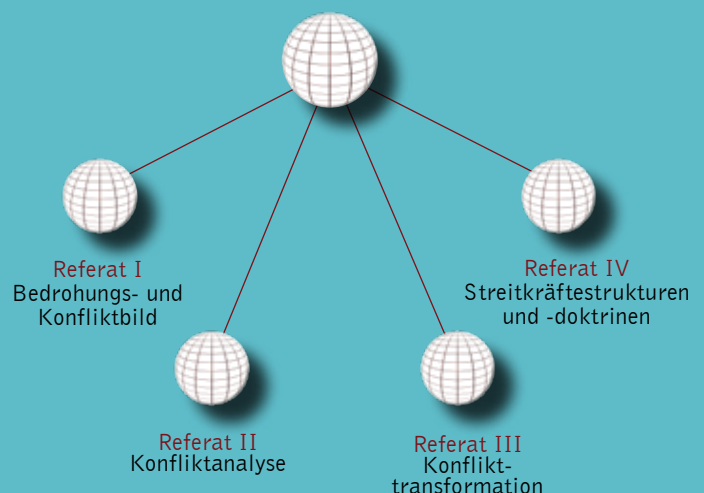
Die Reaktionen von Medien und der Öffentlichkeit auf versuchte und gelungene Terroranschläge in Europa sowie die Verhaftung von potenziellen Angehörigen einer al-Qa'ida-nahen Terrorzelle in Österreich verdeutlichen die Aktualität des Themas und den Informationsbedarf in der Gesellschaft in Hinblick auf den Islam.

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
 - Forschung und Lehre
 - Öffentlichkeitsarbeit
- **Bedrohungs- und Konfliktbild:** Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.
 - **Konfliktanalyse:** Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
 - **Konflikttransformation:** Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
 - **Streitkräftestrukturen und -doktrinen:** In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

INSTITUTSLEITUNG



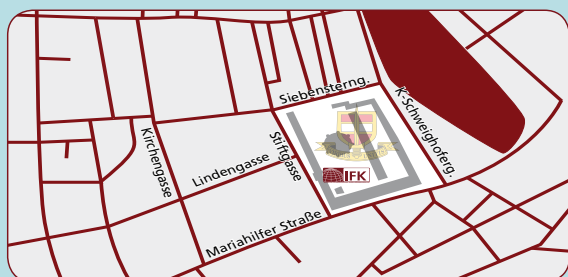
Geplante Publikationen 2009 (Auswahl):

- ⇒ Zukünftige Konfliktbilder im Lichte strategischer Konzepte
- ⇒ Security and Development: Economic Impacts of Crisis Response Operations

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch im Internet auf unserer Homepage unter <http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml>

So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



Kontakt:

Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement

AG Stiftgasse 2a
Akademietrakt 2. Stock, Süd-Risalit
1070 Wien
ÖSTERREICH

tel.		+43 (0) 50201 10 28701
fax		+43 (0) 50201 10 17262
e-mail		lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43 (0) 50201 10 28700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Redaktion:
Dr. Walter Feichtinger, Dr. Martin Malek

Designkonzept und Layout:
Medienstelle LVAK

Herstellung:
BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien -
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Autor:



Dr. Martin Malek

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Arbeitet dort u.a. an energiepolitischen Fragen, am Monitoring von ethnischen Konflikten in der GUS, der Analyse von Sicherheits- und Militärpolitik der GUS-Staaten und Failed-states-Theorien. Gastforscheraufenthalte in Russland, der Ukraine, Deutschland und den USA. Lehrtätigkeit u.a. an der Landesverteidigungsakademie und der Universität Wien. Verfasser von ca. 250 in einem Dutzend Ländern erschienenen Publikationen.

